

JURI HÄLKER

## MdBs auf die Straße

Bericht über »100 Tage Schwarz-Rot«

Zu Beginn der Tagung wunderte sich *Arno Klönne* (Paderborn) über die deutsche Sozialdemokratie. Während gleichzeitig weite Teile der Bevölkerung unter der fortgesetzten Demontage des Sozialstaates leiden, sei es bemerkenswert, wenn der SPD-Vorsitzende Matthias Platzeck öffentlich feststelle, dass die aktuelle Regierungspolitik zu zwei Dritteln sozialdemokratisch sei. Klönne zur Politik von Schwarz-Rot: »Das ist ein wirtschaftlich-sozialer Feldzug, der da geführt wird. Maxime: Krieg den Hütten – Friede den Palästen. Das ist Klassenkampf. Klassenkampf von oben.«

Klönnes Marburger Professorenkollege *Georg Fülberth* sprach im Anschluss über Ideologie und bezog sich zustimmend auf Klönnes Kritik an unscharfen Begrifflichkeiten wie der des »Neoliberalismus«: »Wenn jemand seine Rede mit dem »demografischen Faktor« oder mit den Worten »im Zeitalter der Globalisierung« anfängt, dann muss man nicht weiter zuhören. Wir sollten stattdessen ganz klar von Kapitalismus sprechen.«

Zu den Hoffnungen auf ein Umschwenken der Politik in der BRD in Richtung skandinavische Vorbilder urteilte Fülberth: »Davon sind wir in der Bundesrepublik so weit entfernt wie vom Kommunismus.« Zum einen sei eine Politik wie in den skandinavischen Ländern pfadabhängig und werde in Skandinavien seit gut hundert Jahren verfolgt. Ein Pfadwechsel in Deutschland, auf die Schnelle, sei illusorisch. Nicht zuletzt, weil die erforderlichen Investitionen in Sozialstrukturen wie beispielsweise das Bildungswesen ein solches Umschwenken der Politik »sauteuer« machen würde.

*Richard Detje* (Redaktion Sozialismus) kritisierte Fülberths kategorische Position. Warum sollte es denn nicht möglich sein, einen anderen Pfad, hin zu einem Ausbau des Sozialstaates, einzuschlagen? »Was bleibt denn der Linken noch an Politikansätzen, wenn es nicht möglich sein sollte, solche Entwicklungen wie beispielsweise die der Bürgerversicherung voranzutreiben?«

Der Marburger Politikprofessor entgegnete, dass über 92 Prozent der Wähler bei der letzten Bundestagswahl für Schwarz-Rot-Grün-Gelb gestimmt hätten und damit die herrschende Politik bestätigt worden sei. Wo, fragte Fülberth, solle da das Potenzial für eine entscheidende politische Veränderung herkommen?

*Joachim Bischoff* (Redaktion Sozialismus) stellte fest, dass die Linke mit einem großen ideologischen Kartell konfrontiert würde, das einen Marktradikalismus vertritt, der in eine andere Republik führen soll. Mit Anspielung auf die Linkspartei.PDS meinte Bi-

Juri Hälker – Jg. 1966; gelernter Maschinen-schlosser, Kommunikations-wissenschaftler und Industriesoziologe; promoviert zum Thema »Erfolgsbilanzen von gewerkschaftlichem Co-Management«, arbeitet als Fernsehjournalist bei einem öffentlich-rechtlichen Sender, lebt in Duisburg, Kontakt: [Jurihalker@aol.com](mailto:Jurihalker@aol.com). Zuletzt in UTOPIE kreativ: Kapitalismuskritik gleich Systemgegnerschaft? Zum »Antikapitalistischen Manifest« von Alex Callinicos, in: Heft 176 (Juni 2005), S. 548-551.

Bericht über die Tagung »100 Tage Schwarz-Rot«, die im Rahmen der Reihe »Gesellschaftspolitisches Forum«, veranstaltet von der Initiative für einen Politikwechsel, der Friedens- und Zukunftswerkstatt, der Redaktion Sozialismus, der Rosa-Luxemburg-Stiftung und von WISSENtransfer, am 12. März 2006 im Gewerkschaftshaus Frankfurt a. M. stattfand.

schoff, dass selbst einige der Linken im Bundestag Teil dieses Kartells seien.

In Abgrenzung zu Klönne und Fülberth urteilte Bischoff, dass das Ergebnis der letzten Bundestagswahl mit seiner strukturellen Mehrheit jenseits von CDU und FDP und dem Erfolg der Linken dazu geführt hat, dass der ganz entschiedene Totalangriff auf die Sozialstandards in der eigentlich geplanten Radikalität bisher nicht stattfindet. Hier müsse man Unterschiede und Widersprüche der herrschenden Politik genau analysieren. Eine Öffnung der Sozialdemokratie nach links sei dennoch nicht auszumachen. Die Mehrheitsströmung der Sozialdemokratie sage »Es gibt keine Alternative zum sozial gerechten Verzicht«.

Bischoff teilte die von den über 200 Teilnehmern aus Gewerkschaften, sozialen Bewegungen, Linkspartei, WASG und SPD mehrfach geäußerte Kritik an der Beteiligung der Linkspartei an den Koalitionen in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern. Dennoch plädierte er gegen eine eigene Kandidatur der WASG gegen die Linkspartei.PDS. Stattdessen müssten zumindest einige Punkte als Essential im gemeinsamen Projekt WASG und Linkspartei.PDS festgezurrt werden: zurück an die Seite der Gewerkschaften, keine Privatisierungen, keine militärischen Auslandseinsätze.

*Ottmar Schreiner*, SPD-Bundestagsabgeordneter und Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA), thematisierte den Kernzusammenhang zwischen steigender Produktivität und der damit verbundenen Notwendigkeit von Arbeitszeitverkürzungen. Die Erhöhung des Rentenalters auf 67 Jahre gehe in genau die andere und damit falsche Richtung. Letztlich gehe es nur um eine Rentenkürzung durch die Hintertür. Die SPD habe in den letzten Jahren »viel Lehrgeld gezahlt«. Allein elf verlorene Landtagswahlen seien zu verzeichnen gewesen. Dies wäre jedoch nicht völlig ohne Wirkung geblieben. Es gäbe in der SPD einen Umkehrungsprozess. So sei das Engagement der Sozialdemokratie gegen die Bolkesteinrichtlinie gut und richtig gewesen. Auch der aktuell von den Gewerkschaften ver.di und NGG geforderte Mindestlohn habe Chancen, sich innerhalb der SPD durchzusetzen. Zur Zusammenarbeit der Linken befragt, verwies Schreiner auf die SPD-PDS Koalitionen in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern. Und auf Bundesebene? Schreiner: »Na ja, da muss man ja vorsichtig sein, was man öffentlich sagt.«

In den nächsten 12 bis 14 Monaten werde sich zeigen, ob die Reise der SPD hin zu einer sozialen Erneuerung oder weiter in Richtung Hartz IV gehen werde. Auch die Entwicklung der Linkspartei sei noch nicht abzusehen. Schreiner: »Wie wird die Konjunktur Mitte 2007 aussehen? Wenn wir dann 5,5 Millionen Arbeitslose haben, dann möchte ich mal die politische Diskussion sehen. Wenn man mich dann noch mal fragt, dann gebe ich gerne offen Auskunft.«

*Lothar Bisky* (Vorsitzender der Linkspartei.PDS und MdB) schilderte die Aktivitäten der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag und kündigte an, eine massive Kampagne für die Einführung des Mindestlohnes zu führen. »Da müssen alle auf die Strasse. Nicht nur die Mandatsträger, aber auch und vor allem die!« In der Vergangenheit sei die Linkspartei – und dafür stehe sie auch in der Kritik – zu unsichtbar gewesen.

Eine Einschätzung, die durch einen Einwurf von *Heinz-Jürgen Hintzer* (Gewerkschaft NGG) illustriert wurde. Hintzer schilderte die Situation des Streiks bei Gate Gourmet am Düsseldorfer Flughafen und kritisierte, dass die frisch gewählten Bundestagsabgeordneten der Linkspartei viele Wochen gebraucht hätten, bis sie es endlich schafften, sich vor Ort beim längsten Streik in der deutschen Nachkriegsgeschichte mit den Streikenden zu solidarisieren.

Bisky stellt selbstkritisch fest, dass die Fraktion der Linkspartei in einer Situation gesteckt hätte, wo sie vor allem damit beschäftigt gewesen sei, sich selbst zu finden. Diese Phase sei aber vorbei. »Jetzt können wir wieder verstärkt in die Öffentlichkeit gehen.«

Insgesamt hätte sich die Situation für die Linkspartei deutlich verbessert. »Wir werden von den Medien nicht mehr kategorisch ignoriert, und das Verhältnis zu den Gewerkschaften hat sich dramatisch verbessert.«

Die Frage sei, wie man nun eine neue linke Partei erfolgreich entwickeln und auch zusammenhalten könne. Die Fraktion im Bundestag setze sich aus vielen verschiedenen Köpfen zusammen, aber sie würde gut funktionieren, auch wenn es schwierig sei, den Laden zusammenzuhalten. Bisky: »Wie das bei der Linken immer so ist. Zwei Linke ergeben drei Meinungen und acht Fußnoten.« Dennoch werde es die deutsche Linke Partei geben. »Sonst hätten wir versagt, und das hätten unsere politischen Gegner auch nicht verdient.« Die geante neue Linkspartei werde eine Linke sein, die sich ganz stark an den sozialen Fragen orientieren müsse und auch friedenspolitische Bezüge zentral stellen werde. »Die Bundestagfraktion ist das Referenzprojekt der Linken in Deutschland!«

*Horst Schmitthener*, IG Metall-Büro für den Kontakt zu den sozialen Bewegungen, fasste die Ergebnisse der Tagung zusammen und fragte nach den Anforderungen, denen sich die Linke gegenübergestellt sieht.

Schmitthener: »Wir müssen deutliche Alternativen herausarbeiten, die die Bevölkerung von der Notwendigkeit eines Politikwechsels überzeugen.« Man werde zu weiteren gemeinsamen Aktionen und Kampagnen kommen. Die Proteste gegen die Dienstleistungsrichtlinie seien hier ein erfolgreiches Beispiel. »Wir brauchen gemeinsame Bündnisse, ohne uns in allem gleich zu machen, aber wo wir uns da zusammengehen, wo es nur geht.« Beispielhaft sei das Projekt der IG Metall, 6 000 »Botschafter gegen den Neoliberalismus auszubilden«, welches von attac, der KAB und vielen Initiativen unterstützt würde.

Schmitthener plädierte für die Durchsetzung von partizipativen Elementen der direkten Demokratie und sagte mit Blick auf die WASG-Linkspartei, dass dieses Projekt auch den Linken in der SPD helfe, den weiteren Ausverkauf des Sozialen zu verhindern. »Wir werden die WASG und Linkspartei nicht sich selbst überlassen, sondern uns als soziale Bewegungen kritisch einmischen.«

An die Bundestagsabgeordneten der Fraktion DIE LINKE. erging die Aufforderung, sich auch außerhalb des Parlamentsbetriebes stärker zu bewegen: »Es geht nicht darum, vor allem nach neuen parlamentarischen Koalitionen zu suchen. Wir brauchen vorrangig eine kritische und mobilisierende Opposition.«